

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bundesbern würdigt Freiwilligenarbeit

Bern, 17.06.2017 - Auf Einladung von Bundespräsidentin Doris Leuthard,
Nationalratspräsident Jürg Stahl und Ständeratspräsident Ivo Bischofberger haben sich
heute in Bern rund hundert Vertreterinnen und Vertreter der Freiwilligenarbeit zu einem
Austausch getroffen. Wer sich in Vereinen, in der Politik oder in der Nachbarschaftshilfe
unentgeltlich engagiere, verdiene den Dank, den Respekt und die Anerkennung der
Gesellschaft, sagte Bundespräsidentin Leuthard. Auf dem Programm standen ein
wissenschaftliches Referat, Workshops sowie eine Podiumsdiskussion.

Rund ein Viertel der Schweizer Bevölkerung engagiert sich auf freiwilliger Basis in Vereinen und Organisationen. Davon profitiere insbesondere der Sport, hob Nationalratspräsident Jürg Stahl hervor: "Ohne freiwillige Helferinnen und Helfer gäbe es in der Schweiz weder ein Angebot an Breitensport, noch könnten kleinere und grössere Sportanlässe durchgeführt werden. Das kann man nicht oft genug erwähnen." Ständeratspräsident Ivo Bischofberger unterstrich: "Eine Gesellschaft kann ohne Freiwilligenarbeit schlicht und ergreifend nicht funktionieren. Sie gibt aber auch dem Individuum viel zurück: Wer sich gemeinnützig engagiert, geht glücklicher und zufriedener durch das Leben." Bundespräsidentin Leuthard sagte, der Staat könne zwar organisieren und Regeln erlassen – "Zusammenhalt aber lässt sich nicht staatlich verordnen."

Professor Markus Freitag, Politologe an der Universität Bern, führte aus, dass auch ausserhalb von Vereinen und Organisationen Freiwilligenarbeit geleistet werde. Demnach gehen laut Zahlen des Freiwilligen-Monitors Schweiz gegen 40 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer anderen Menschen zur Hand oder verrichten Pflegedienstleistungen. "In der Schweiz arbeiten Freiwillige während rund 700 Millionen Stunden pro Jahr", schätzt Markus Freitag. Diese Tradition unbezahlter Tätigkeit sei in der Schweiz zwar tief verankert. Doch sei die Bereitschaft zur Freiwilligkeit aufgrund des Zeitgeists, veränderter Rollen in der Familie und der stärkeren beruflichen Beanspruchung des Einzelnen im Zeitalter der

Globalisierung und Digitalisierung rückläufig. Insbesondere politische Ämter nach dem Milizprinzip zu besetzen, werde daher schwieriger. Dieser Entwicklung sei mit gezielter politischer Bildung zur Steigerung des Bewusstseins um die Bedeutung des Milizprinzips, einer Wertschätzung der Institutionen sowie stärkeren Anreizen zu begegnen, empfahl Freitag.

In verschiedenen Workshops wurden Herausforderungen wie etwa die Anerkennung und bessere Sichtbarmachung der Freiwilligenarbeit thematisiert. Zudem nutzten die Anwesenden die Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung.

In der abschliessenden Podiumsdiskussion kamen unter anderem die Instrumente zur Anerkennung der Freiwilligenarbeit durch Gesellschaft und Wirtschaft zur Sprache. Es diskutierten Ständeratspräsident Ivo Bischofberger, Professor Markus Freitag, Erwin Grossenbacher, Präsident des Schweizerischen Turnverbands, Anne-Marie Huber-Hotz, Präsidentin des Schweizerischen Roten Kreuzes, sowie Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl.

Adresse für Rückfragen

Harald Hammel, Presse- und Informationsdienst UVEK, Tel. +41 79 444 68 13 Andreas Blaser, Parlamentsdienste, Tel. +41 79 407 70 69